

Trump charmant die Stirn bieten

«Neuer Schwung für WEF-Gegner», Ausgabe vom 11. Januar

Es ist erstaunlich, mit welcher Hysterie sich linke Kreise – bislang verbal – gegen einen Besuch des US-Präsidenten Trump am diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos wehren. Noch fast erstaunlicher ist es, wie die Medien einem Verein aus Zürich auf den Leim gekrochen sind und dessen Forderung, Trump solle doch der Schweiz fernbleiben, an prominentester Stelle publiziert wird.

Aber alles der Reihe nach. Die Schweiz ist ein demokratisches Land, welches mit dem WEF über eine einmalige Plattform zum Austausch von Ideen verfügt. Dass der Präsident des mächtigsten Landes der Welt daran teilnehmen will, sollte als gutes Zeichen gewertet werden. Man kann von Trump halten, was man will. Er wird sicher nicht als politisches Vorbild in die Annalen eingehen. Aufgrund seiner allseits bekannten Biografie und seines Werdegangs muss man davon ausgehen, dass er einen tiefgründigen Minderwertigkeitskomplex hat, welchen er seit seiner Jugend mit einem gesteigerten Narzissmus und einer sehr direkten Art erfolgreich überkompensiert. Viele Leute erstarren vor seiner Art wie das Kaninchen vor der Schlange. Aus meiner Sicht völlig zu Unrecht: Einem solch rabauzigen Menschen kann man an und für sich mit einer ebensolchen Direktheit seine Meinung sagen und ihm die Tatsachen des Lebens vor Augen halten. Das ist in seinem Fall aber die falsche Strategie. Ich hoffe, die offizielle Schweiz bringt es im Rahmen des Besuchs fertig, diesen Mann mit einem geschickten Charme zu einem Freund der Schweiz zu machen. Ob man es gut findet oder nicht: Er ist der Präsident der USA. Es zeugt von schlechtem politischen Stil, Ignoranz und Torheit, wenn man sich seinen Gegnern und dem Dialog verschliesst.

Überdies: Den WEF-Gegnern sollte es mehr als recht sein, wenn Trump dem jährlichen Stelldeichlein im Schnee von Davos einen Besuch abstattet, denn ich bin überzeugt, dass er es als kritischer Geist nicht unterlassen wird, die eine oder andere Duftmarke zu hinterlassen, welche den Geist der WEF-Gegner atmet.

Arno Gräter, Cham

Leserbriefe online

Auf unserem Onlineportal der «Zuger Zeitung», www.zugerzeitung.ch/leserbriefe, werden täglich alle Leserbriefe der aktuellen Ausgabe veröffentlicht sowie weitere Meinungen. Beachten Sie beim Verfassen von Leserbriefen unsere Regeln. Diese lauten wie folgt:

Ihr Leserbrief darf maximal 3500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) umfassen.

Die Redaktion behält sich ausserdem vor, Leserbriefe zu kürzen.

Geben Sie immer Ihren vollständigen Namen und Ihre Adresse mit Telefonnummer an. (red)

Zuger Ansichten

Es geht nicht um «Tagesschau» oder «Glanz & Gloria»

Es ist anzunehmen, dass die Akteure hinter der No-Billag-Initiative das Abstimmungsdatum bewusst auf Anfang März «getimet» haben. Der Zeitpunkt scheint für die Initianten nämlich ideal zu sein. Schliesslich flattern derzeit die Billag-Rechnungen in die Briefkästen und verschaffen dieser Initiative nochmals viel Aufwind. Denn niemand freut sich über Gebühren. Dementsprechend schlecht ist der Ruf der Billag.

Solche Emotionen bewirtschaften die Drahtzieher von Non Billag beharrlich, um ihre Initiative salonfähig zu machen – auch wenn sie absolut radikal und destruktiv ist. Anstatt der Bevölkerung reinen Wein einzuschütten, um was es bei dieser Initiative wirklich geht, werben sie damit, die Konsumenten zu entlasten und gleichzeitig die freie Marktwirtschaft zu stärken. Die SRG stellen sie

als monopolistisch, übersteuert, elitär und links dar. Als Folge davon haben immer mehr Menschen das Gefühl, dass sie der SRG einen Denkzettel verpassen sollten. Nicht weil sie die breit konsumierten und bei verschiedenen Zielgruppen populären TV- und Radioprogramme tatsächlich zerstören wollen. Aber «denen da oben» mal auf die Füsse stehen und ihnen zeigen, dass zu viel vom «einen» und zu wenig vom «anderen» gebracht wird? Warum nicht. Worum es bei dieser Abstimmung tatsächlich geht, gerät allerdings immer in den Hintergrund.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns glasklar vor Augen führen, was eine Annahme dieser Initiative bewirken würde. Es geht bei dieser Initiative nicht um das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Anbietern, den Leistungsauftrag der SRG oder die

Gebühren für die Bevölkerung. Über solche Themen kann man immer streiten. Bei dieser Abstimmung geht es allerdings einzig und allein darum, ob die Schweiz genauso wie alle anderen europäischen Länder über einen öffentlich finanzierten Rundfunk verfügen soll oder nicht. Die Drahtzieher dieser Initiative blenden dies bewusst aus. Es geht ihnen nämlich nicht um eine Anpassung der SRG, sondern vielmehr um deren Zerschlagung. Denn nur eine Vernichtung der SRG ermöglicht es finanzkräftigen Investoren, den Medienmarkt Schweiz zu kaufen, um ihre Interessen durchzusetzen. Fällt nämlich die SRG weg, hinterlässt sie ein Vakuum, das irgendetwas füllen kann/wird.

Deshalb ist es wohl kein Zufall, dass die Initiative von Akteuren aus dem SVP-Umfeld getragen wird. Allein schon Christoph Blocher hat in den

letzten Jahren ein gigantisches Presseimperium zusammengesammelt – dazu gehören auch viele Zentralschweizer Medien. Zudem hat er versucht, im Rundfunk eine Propagandaplattform aufzubauen. Bislang allerdings erfolglos, weil in der heutigen Schweizer Fernsehlandschaft mit einer starken und politisch ausgewogenen SRG für «Blocher-TV» kein Platz ist. Was passiert allerdings, wenn das Schweizer Fernsehen völlig privatisiert ist? Blickt man nach Italien, wo die Eskapaden des TV-Moguls und Ex-Regierungschefs Berlusconi ständig schöngeredet wurden, oder in die USA, wo Fox-News nicht nur George W. Bush, sondern auch Donald Trump zum Sieg verhalf, sieht eine Zukunft ohne SRG düster aus.

Deshalb ist diese Abstimmung so lukrativ für die Drahtzieher hinter No Billag. Es geht schliesslich nicht um mehr

«Tagesschau» oder weniger «Glanz & Gloria». Vielmehr geht es um die Zerrümmerung eines Pfeilers unseres Staatswesens. Die Medien haben nämlich als vierte Gewalt einen enormen Einfluss auf die Politik. Gerade deshalb sollten wir uns bewusst sein, über was wir eigentlich abstimmen.



Zari Dzaferi
Kantonsrat SP, Baar

Hinweis

In der Kolumne «Zuger Ansichten» äussern sich Kantonsräte zu von ihnen frei gewählten Themen. Ihre Meinung muss nicht mit derjenigen der Redaktion übereinstimmen.

Nach dem schweren Sturm



Leserbild Sturm Burglind hat auch an der Lorze in Bild dokumentiert. Burglind hat Anfang Januar in Maschwanden Schäden angerichtet, wie unser Leser im ganzen Schweiz Schäden verursacht. Leserbild: Josef Mathis, Hagendorn

Eine solche Aussage entspringt «entfernter Wahrnehmung»

«Es geht uns um das Wohl der Kinder», Ausgabe vom 9. Januar

Dass die Empfehlung des Gemeinderates, die Schule Finstersee zu schliessen, auf sorgfältigen Überlegungen basiert, ist schwer zu glauben. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass es sich um mangelnden Weitblick handelt. Durch ein breit abgestütztes Mitwirkungsverfahren wurden 2016 Lösungsmöglichkeiten für die Schulraumplanung gesucht. Es kam klar zum Ausdruck, dass die Schule Finstersee erhalten bleiben soll. Dass man diese Erkenntnisse respektieren wollte, hat für den Gemeinderat offensichtlich keine Gültigkeit mehr. In all den Jahren ist es dem Rat nicht gelungen, Visionen für das Dorf zu entwickeln. So gibt es gemäss Gemeindepräsident Peter Dittli keinen Plan, was auf dem Grundstück nach einem allfälligen «Aus» der Schule geschehen soll. Den Spielplatz, der ja ein Schulhausplatz ist und weitgehend durch die kreative Lehrerin entwickelt wurde, möchte man bestehen lassen – nur sind ja dann die Kinder weg. Fragt sich, wozu dann der

Spielplatz sein soll. Den bestehenden Gemeinschaftsraum, der über dem ehemaligen Feuerwehrgebäude liegt, möchte man auch erhalten. Leider ist dieser nur über eine Treppe erreichbar und für Gehbehinderte nicht geeignet. Unter Einbezug der Bevölkerung will der Gemeinderat nach einer allfälligen Schulschliessung den Verwendungszweck der Liegenschaft prüfen. Was mit so erarbeiteten Ergebnissen geschieht, ist mittlerweile bekannt. Wie das Wohl der Kinder von Finstersee idealer Weise aussehen soll, müsste den Stimmbürgern erklärt werden. Dies könnte von Schülerinnen und Schülern erledigt werden. Die budgetierten Kommunikationsfachleute könnte man sich hier sparen. Glücklicherweise werden so alle erfahren, dass auch ein neues bescheidenes «Multi-funktionsschulhaus» mit darüberliegenden Wohnungen nicht unerschwinglich ist, viele Bedürfnisse abdeckt und weiterhin das einzige Schulhaus in der Gemeinde sein könnte, das dank den Mietzinseinnahmen eine positive finanzielle Bilanz hat und dank der identitätsstiftenden Funk-

tion auch eine positive soziale Wirkung hat.

Silvia Capol, Finstersee

«Es geht uns um das Wohl der Kinder.» Zynischer könnte die Aussage nicht lauten und kann nur aus weit entfernter Wahrnehmung entspringen. Im Wissen, dass mit der Abstimmung über die Schule Finstersee auch emotionale Argumente mitbestimmen, wird nun versucht, diese umzudeuten. Und das führt zu geradezu grotesken Aussagen: Der Gemeinderat stehe «in der Pflicht», die hohe Qualität der Schulen zu erhalten und zu optimieren. Im Abstimmungsbulletin wird gar argumentiert, für «pädagogisch sinnvollen Unterricht» brauche es eine gewisse Anzahl von Schülerinnen und Schülern. Wie müssen sich die Lehrerin und ihr Team mit solchen Aussagen vorkommen? Führen sie doch eine mustergültige, bodenständig moderne Schule, zur höchsten Zufriedenheit der Kinder und Eltern.

Schwankungen bei den Schülerzahlen sind kleinräumig eine unbestrittene Tatsache.

Doch nur, weil mal die Klassengrösse unter dem Durchschnitt liegt, gleich einen traditionell 210-jährigen Schulstandort aufzuheben, ist kurzfristig und bedroht einen noch blühenden Ortsteil existenziell in seiner Weiterentwicklung.

Zu den Fakten: Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre gingen 16,8 Schüler in Finstersee zur Schule, in den vorangehenden acht Jahren, welche für die Schulraumplanung erhoben wurden, waren es 20,75, also mehr als 20 Schülerinnen und Schüler. Und schon für das nächste Schuljahr stehen sechs Kinder aus dem Kindergarten (ohne das in der International School). Bei vier Abgängen beträgt die Schülerzahl im nächsten Schuljahr 15. Und auch in den Folgejahren bis 2021/22 sind es pro Jahrgang 14 Kinder, welche die Schule in Finstersee besuchen möchten. Also klar über der im Artikel genannten Mindestzahl von 12 Schülerinnen und Schülern.

Da stellt sich die Frage, warum nur möchte der Gemeinderat die Schule Finstersee schliessen? Warum Halb Wahrheiten statt einer ehrlichen Antwort? Es würde dem viel gerühmten Bildungsstandort

Menzingen schlecht anstehen, rein aus Kostengründen eine Schule zu schliessen. Auch wenn selbst diese Kostenrechnung, unter dem Aspekt des Finanzausgleichs, zu einem bösen Erwachen führen wird, der Imageschaden für unsere Gemeinde dürfte weit höher sein. Mit umsichtiger Fürsprache konnten im Kantonsrat seit der Jahrtausendwende, als die drei Seminare für Lehrerinnen und Lehrer ausgedient hatten, unsere Amtsträgerin und Amtsträger eine kantonale Mittelschule in Menzingen erhalten. Über das Provisorium mit dem KGK zum heutigen Providurium mit der Kantonschule Menzingen.

Da kommt mir Finstersee als «Klein Menzingen» vor: Was dort im kleinen Dörfchen abläuft, kann bald auch im ganzen Dorf Menzingen ablaufen. Überlegen Sie, geschätzte Leserschaft, wie war das bis anhin? Nehmen wir uns ein Beispiel an den engagierten Finsterseerinnen und Finsterseern, die ihre Werte erkennen, zusammenstehen und für einen Fort- und Weiterbestand einstehen.

Josef Marty
Lehrer, alt Kantonsrat, Menzingen